

Sehr geehrte Herren Präsidenten Dirnberger und Mödlhammer,
sehr geehrter Herr Vorstandsvorsitzender Steinbichler,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

angesichts des demografischen Wandels und dem zunehmenden Trend zur Urbanität steht der Ländliche Raum vor großen Herausforderungen.

Mit Ihrem Motto der kommunalen Sommergespräche 2015:
„Ländlicher Raum - Herausforderungen und Strategien“
stellen und befassen Sie sich mit der Aufgabe, die Zukunftsfähigkeit des Ländlichen Raums zu sichern.

Auch für den Gemeindetag Baden-Württemberg ist das eine der zentralen kommunal- und verbandspolitischen Aufgaben.
Daher haben wir die Einladung zu diesen Sommergesprächen gerne angenommen.

Leider kann unser Präsident Roger Kehle nicht persönlich teilnehmen, da heute bei einer großen Pressekonferenz der drei kommunalen Landesverbände in Baden-Württemberg die Eckpunkte für den anstehenden Flüchtlingsgipfel in der kommenden Woche dargelegt und diskutiert werden.

Sie werden mir zustimmen, das Thema Aufnahme, Unterbringung, Verteilung der Flüchtlinge und der weitere Umgang mit den zunehmend größeren Flüchtlingsströmen ist ebenfalls ein sehr wichtiges Thema und erfordert die Anwesenheit des Präsidenten bei dem Auftritt vor den Medien.

Als Vizepräsident des Gemeindetags und langjähriger Bürgermeister einer Gemeinde im Ländlichen Raum nehme ich aber gerne in Vertretung unseres Präsidenten an Ihren Sommergesprächen teil.

Uns und auch mich persönlich interessiert natürlich, welche Strategien Sie bereits entwickelt haben und wie Sie die Zukunftsfähigkeit des Ländlichen Raums in Österreich einschätzen.

Gerne zeige ich Ihnen auf, wo wir in Deutschland bzw. vor allem in Baden-Württemberg stehen, welche Bedeutung der Ländliche Raum bei uns hat und welche Zukunftsperspektiven wir sehen.

Nachdem ja in Ihrem Programm als Überschrift über die Impulsvorträge steht:

vernachlässigt, ausgehungert, aufgegeben

möchte ich mein Statement mit einem Wort von Gotthold Ephraim Lessing beginnen:

„Nur die Sache ist verloren, die man aufgibt.“

Also die Sache, in diesem Fall der Ländliche Raum, ist, das möchte vorwegschicken, nicht verloren.

Er hat Chancen, die es zu ergreifen gilt, dabei können wir auch aus der Vergangenheit für die Zukunft lernen.

Unser Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt hat erst vor kurzem bei der Zusammenkunft der kommunalen Verbände auf Bundesebene zum Thema neuen Schwung für den Ländlichen Raum festgestellt:

Die Ländlichen Räume sind das Rückgrat unseres Landes, die Stärkung des Ländlichen Raumes ist eine zentrale Aufgabe, denn lebenswerte Ländliche Räume sind entscheidend für die Zukunft unseres Landes.

Dieser Aussage ist nichts hinzuzufügen, denn sie ist voll und ganz richtig, muss nur mit Leben erfüllt werden.

Auf Bundesebene soll das bei uns durch eine stärkere Gewichtung auf ländliche Entwicklung bei der Bund-Länder Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes, kurz GAK genannt, erreicht werden.

Man will sozusagen die zweite Säule stärken.

Das reicht mit Sicherheit nicht aus, zumal ja Deutschland in der aktuellen EU-Förderperiode weniger Mittel bekommt.

Daher sehen wir es als unsere zentrale Aufgabe an, von Seiten des Deutschen Städte- und Gemeindebund und des Gemeindetags Baden-Württemberg darauf zu drängen, dass es auch für den Ländlichen Raum Infrastrukturinitiativen gibt und zumindest die klassischen Förderprogramme im Städte- und Straßenbau entsprechend ausgestattet werden.

Bund und Land aber auch ihren eigenen Investitionsstau gerade im Straßenbau kontinuierlich abbauen, ist doch Mobilität für den Ländlichen Raum sehr, sehr wichtig.

Unser Ministerpräsident Winfried Kretschmann, der ja selbst aus dem Ländlichen Raum kommt, spricht bezogen auf den Ländlichen Raum gerne vom **magischen Dreieck:**

Landwirtschaft, Naturschutz und Tourismus.

Man darf den Ländlichen Raum aber nicht auf die **heile-Welt-Idylle** reduzieren.

Der Slogan **Wohnen, wo andere Urlaub machen** mag ja durchaus zutreffend sein, er ist aber nur eine Seite des Ländlichen Raums.

Die Städter träumen morgens im Stau von der sauberen Landluft und der Welt auf dem Lande, in der alles noch „in Ordnung“ ist.

Das mag ja durchaus stimmen. Aber der Ländliche Raum ist nicht das Abziehbild der Tourismuswerbung.

Die Menschen erwarten im Ländlichen Raum ebenso wie in den Urbanen Räumen eine moderne technologische Ausstattung auf dem neuesten Stand, gute Schulen und sichere Arbeitsplätze.

Das magische Dreieck muss daher auch um die mittelständische Wirtschaft zu einem magischen Viereck erweitert werden.

Zu den wichtigsten Voraussetzungen für die Zukunftsfähigkeit der Kommunen im Ländlichen Raum gehören ja auch wohnortnahe Arbeitsplätze.

Wir in Baden-Württemberg können mit Fug und Recht feststellen: es ist uns auch in den Ländlichen Räumen in den vergangenen Jahrzehnten gelungen, den Standort mittelständischer Betriebe zu sichern und neue anzusiedeln.

Übrigens:

Eine große Zahl von Weltmarktführern haben im letzten Jahrhundert ihre Firmen in ländlichen Regionen gegründet, sind weltweit vernetzt und haben in der Regel ihre Konzernzentralen weiterhin im Ländlichen Raum.

So zum Beispiel der Würth-Konzern, vom Schraubenhändler zum Montage- und Befestigungsprofi mit Sitz in Hohenlohe, im Nordosten Baden-Württembergs, ebenso wie die Firma ebm-Pabst, ein Weltmarktführer für die Herstellung von Ventilatoren.

Der Modekonzern Hugo Boss hat seine Konzernzentrale weiterhin in Metzingen am Rande der Schwäbischen Alb und auf der Ostalb ist die Zentrale des Optikkonzerns Carl Zeiss, also nicht in Jena.

Im Landkreis Tuttlingen sitzen im Südschwarzwald zwei Weltmarktführer der Medizintechnik, die Firma Karl Storz und Aesculap.

In Walddorf im Rhein-Neckar-Kreis hat der Bürosoftware-Gigant SAP seinen Sitz und in Immenstaad im Bodenseekreis sitzt mit Airbus DS der Weltmarktführer für Satellitenintegration.

Dazu kommen viele mittelständische Firmen - darunter einige Hidden Champions.

Insgesamt haben wir in Baden-Württemberg mehr als 160.000 Unternehmen im Ländlichen Raum, die gut 1 Mio. sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer beschäftigen.

Das sind immerhin 28 % aller Beschäftigten in unserem Bundesland.

Interessanterweise arbeiten im Bereich des produzierenden Gewerbes derzeit sogar fast 38 % aller Beschäftigten bei uns im Ländlichen Raum. Das wird sicher bei Ihnen in Österreich ähnlich sein.

Dazu kommt jetzt bei uns noch, dass die Potentiale für den Zukunftsmarkt im Bereich erneuerbaren Energien so und so zum großen Teil im Ländlichen Raum liegen.

Das heißt für uns: nicht aufgeben, sondern Chancen nutzen.

Ist doch der Ländliche Raum unstrittig ein zentraler Erfolgsgarant für die Stärke Baden-Württembergs.

Das macht auch der aktuelle Focus-Deutschlandcheck deutlich.

Unter den Top 10 der stärksten Kreise bei Wachstum und Jobs sind sieben aus Baden-Württemberg, zwei aus Bayern, dazwischen auf Platz sechs noch Wolfsburg durch den VW Standort.

Übrigens liegen sechs dieser baden-württembergischen Landkreise voll und ganz im Ländlichen Raum.

Auch daraus wird deutlich: der Ländliche Raum macht den Unterschied, gerade in einem Flächenland wie Baden-Württemberg.

Fast 70 % der Landesfläche gehört zum Ländlichen Raum und nahezu 60 % der 1.101 Gemeinden im Ländle liegen im Ländlichen Raum.

Damit lebt auch bei uns rund die Hälfte der Bevölkerung im ländlichen Umfeld.

Das soll auch in Zukunft so bleiben.

Die Chancen stehen gut, denn für 11 von 12 Regionen und für 27 von 35 Landkreisen in Baden-Württemberg wird ein Bevölkerungswachstum von über 2 % bis 2030 prognostiziert.

Es gibt also kein Aussterben des Ländlichen Raumes, denn es werden sogar überdurchschnittlich viele Kinder geboren.

Unsere Aufgabe ist es für diese Kinder Gründe zum Bleiben zu finden.

Das gilt auch für die Hochlagen des Schwarzwaldes und der Schwäbischen Alb sowie Gebiete im Neckar-Odenwald-Kreis und im Main-Tauber-Kreis, die mit Bevölkerungsrückgang rechnen müssen.

Dabei wissen wir, der demographische Wandel ist nicht abwendbar, aber in seinen Folgen gestaltbar.

Dazu gehört die Vermeidung von Strategien, die allein auf Zuwanderung von Bevölkerung und die Ansiedlung von Unternehmen setzen.

Die aktive Anpassung der Gemeinden an veränderte demographische Bedingungen wird die neue Aufgabe der Kommunalpolitik.

Die Mobilisierung des Erwerbsspersonenpotenzials und der Umbau der infrastrukturellen Daseinsvorsorge werden zu Kernherausforderungen.

Daher fordert der Gemeindetag Baden-Württemberg gegenüber der Landesregierung

- den Ausbau einer leistungsfähigen, bedarfsgerechten und umweltfreundlichen Verkehrsinfrastruktur,
- die Familienförderung,
- die Weiterentwicklung der Bildungsinfrastruktur,
- die Sicherung der Grundversorgung,
- eine differenzierte Betrachtung der Flächeninanspruchnahme
- und eine Stärkung mittelständischer Unternehmen

als unverzichtbare Bestandteile einer aktiven Entwicklungspolitik.

Dazu die Ansiedlung weiterer Hochschulstandorte - Duale Hochschulen, Hochschulen für angewandte Wissenschaften - im Ländlichen Raum.

Im Zuge des anstehenden Übergangs zur Wissensökonomie ist die Umsetzung dieser letzten Forderung ein wichtiger Entwicklungsschritt für die Zukunft und das angesprochene Bleiben.

Bisher sind in keinem anderen Bundesland die Wirtschaftskraft und der Lebensstandard so ausgeglichen wie in Baden-Württemberg und das soll möglichst so bleiben.

Ein wichtiger Faktor für diesen Erfolg ist auch die bei uns etablierte kommunale Gebietsstruktur.

Probleme werden maßgeschneidert gelöst, die Verantwortlichkeit der Bürgerschaft für das Gemeinwohl ist deutlich stärker, der Wettbewerb zwischen den Städten und Gemeinden macht letztlich alles besser.

Unabhängig davon ist die interkommunale Zusammenarbeit stark ausgeprägt und dient der Zukunftssicherung der kommunalen Struktur.

Die Gemeinden müssen aber für die Bürger erkennbar bleiben oder neudeutsch ausgedrückt: müssen sie das Frontoffice bilden. Das Backoffice ist der interkommunale Zusammenschluss mit der Chance, durch Miteinander effizienter und besser zu werden.

Die interkommunale Zusammenarbeit ist daher kein Selbstzweck sondern schiere Notwendigkeit.

Getreu dem Wort von Friedrich Dürrenmatt:

„Was alle angeht können nur alle lösen.

Jeder Versuch eines Einzelnen,

für sich zu lösen, was alle angeht, muss scheitern.“

Das Miteinander ist wichtig und das wird ja besonders im Ländlichen Raum groß geschrieben.

Stillstand ist ja bekanntlich Rückschritt.

Daher sind wir zwar zufrieden, aber nicht selbstzufrieden.

Wir stellen uns den Herausforderungen, kennen sie und arbeiten auch mit unserer Landesregierung eng zusammen um sie anzugehen.

Bei einigen wichtigen Punkten waren wir aber längst selbst aktiv und haben notwendige Veränderungen erfolgreich angestoßen.

Versteht sich doch der Gemeindetag Baden-Württemberg als Mahner und Treiber unserer Landespolitik.

Drei Bausteine dieser Initiativen zur Bewältigung der Herausforderungen möchte ich kurz ansprechen:

Regionale Schulentwicklung

Die Schullandschaft ist auch bei uns wegen zurückgehender Schülerzahlen im Umbruch.

Unser Ziel war und ist es, die Regionale Schulentwicklung in die Mitverantwortung der Kommunen zu geben, um so die wohnortnahe Bildung sicherzustellen.

Die Regionale Schulkonferenz soll künftig über Ausbau oder auch Schließung von Schulen entscheiden und nicht das Kultusministerium auf der Basis von theoretisch zu erwartenden Schülerzahlen.

Hausarztversorgung

Wir waren schon vor sechs Jahren der erste Verband in Deutschland überhaupt, der auf das Problem ärztliche Versorgung der Zukunft aufmerksam gemacht hat.

Für unsere Forderung nach einem Rechtsanspruch auf einen Hausarztsitz in jeder Kommune wurden wir anfangs belächelt.

Inzwischen setzt man sich mit dieser Forderung ernsthaft auseinander.

Durch eine freiwillige Vereinbarung mit der kassenärztlichen Vereinigung haben wir einen ersten Schritt getan, um diesen Rechtsanspruch umzusetzen und damit die hausärztliche Versorgung auch für die Zukunft in allen Gemeinden sicherzustellen.

Breitbandversorgung

Das schnelle Internet wird gerade für den Ländlichen Raum immer wichtiger.

Wir waren der erste Verband, der Geld vom Finanzministerium erkämpft hat, nachdem ja bekanntlich der Markt versagt hatte.

Unsere Anwaltskanzlei juscomm hat inzwischen schon mehr als 300 Vorhaben von Kommunen bzw. Verbänden und Landkreisen beratend begleitet.

Wir haben interkommunale Verbände mit bis zu 170 Kommunen, die sich um den Breitbandausbau kümmern, wie zum Beispiel der Verein „Förderung neuer Medien und Technologien im Ländlichen Raum.“

Die Breitbandversorgung ist ein äußerst dickes Brett das wir bohren, aber das schreckt uns nicht ab.

Wir wollen an der Spitze in Europa bleiben und das geht nicht ohne ausgezeichnete Versorgung mit schnellem Internet.

Übrigens ist es bei uns durch diese vielfältigen Aktivitäten mit dem Ziel Fiber to the Building gelungen die Telekom zum Tätigwerden zu bewegen.

Wenn wir auch Vectoring als Zukunftslösung ablehnen, so kann es doch eine Zwischenlösung für DSL Kapazitäten von 50 bis 150 Mbit sein.

Aber diese drei Bausteine unserer Initiativen sind nicht alles.

Damit die Vorteile, die die digitalisierte und vernetzte Gesellschaft und Wirtschaft bieten, unsere Städte und Gemeinden noch attraktiver machen, haben wir gemeinsam mit einigen Städten und Gemeinden sowie Unternehmen aus Baden-Württemberg die **„Initiative Zukunftsstädte“** ins Leben gerufen.

Mit dieser Initiative wollen wir zwei exzellent aufgestellte Akteure, unsere Unternehmen und unsere Kommunen, zusammenbringen, damit sie gemeinsam Projekte umsetzen, die unser Land, unsere Städte und Gemeinden und die Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft fit machen für die Herausforderungen der Zukunft.

Städte und Gemeinden haben viel Know-how in Verwaltung und das große Sozialkapital ihrer Bürgerinnen und Bürger hinter sich.

Wirtschaftsunternehmen wiederum haben Erfahrungen und Know-how in ihren spezifischen Fachbereichen.

Unserer Initiative geht es darum, Kommunen und Unternehmen zusammen zu bringen, das Beste aus dem Wissen beider miteinander zu verbinden und daraus etwas Neues zu entwickeln. Nur dann sind wir innovativ.

An der Initiative Zukunftsstädte ist deshalb auch unser Europabüro beteiligt, das Städte und Gemeinden sowie die mit ihnen kooperierenden Unternehmen dabei beraten soll, ob Förderanträge gestellt werden können.

Erste Gespräche auf EU-Ebene haben gezeigt, wir sind mit dieser Initiative auch aus Brüsseler Sicht auf einem guten Weg.

Grundsätzlich ist es ja auch das Ziel dieser ambitionierten Initiative, alles, was es in der Theorie, auf dem Papier schon gibt, so flächendeckend wie es geht in die Praxis umzusetzen.

Stichworte: E-Mobilität, Batterienspeicher, Mobilitätsprojekte, Stärkung des Einzelhandels, neue Dorfgastronomie und Bürger-Apps.

Die an der Initiative beteiligten Unternehmen und Kommunen haben sich darauf geeinigt, das Projekt als Baukasten zu entwickeln, der viele einzelne Bausteine, das heißt Projekte und Produkte, enthält, die unter Berücksichtigung der spezifischen Verhältnisse vor Ort entsprechend umgesetzt werden können.

Eines der ersten Projekte wird zum Beispiel die Entwicklung und Einführung einer **Bürger-App** sein.

Wir sind überzeugt: mit der „**Initiative Zukunftsstädte**“ und dem nach und nach zu entwickelnden flexiblen Baukasten werden wir einen wichtigen Beitrag leisten, um Baden-Württembergs Städte und Gemeinden fit für die Zukunft zu machen.

Dabei gilt für uns ein Wort von Ferdinand Graf von Zeppelin:

**„Man muss nur wollen und daran glauben,
dann wird es gelingen.“**